

Die Zeit nach dem Krieg
1945

Aibrecht Müller

**Arbeitskreis Frieden Offenbach am 16.7.2014 19:00 Uhr im Kultursaal des
Offenbacher Heimat- und Kulturzentrums**

Einführung zum Thema:

**Wie ist es möglich, dass 25 Jahre nach dem Fall der Mauer der kalte Krieg
zurückkehrt?**

Welche Rolle spielen die Medien in dieser Entwicklung?

Manchmal, leider selten, ist es gut, etwas älter zu sein. Beim heutigen Thema
unseres Gesprächs trifft das zu: frühere Erfahrungen aus mehreren Etappen
erleichtern die Einschätzung der heutigen Politik. Deshalb, und nur deshalb ein
kurzer historischer Rückblick anhand meiner eigenen Erfahrung.

Ich hatte das Glück, zwei ältere Brüder zu haben, die sich für Politik interessierten.
Wir hatten den Zweiten Weltkrieg noch mitbekommen: das Leuchten von
brennenden Städten wie Pforzheim, Mannheim, Heilbronn am Nachthimmel. Angriffe
auf unseren Bahnhof 200 m vom Elternhaus.

Nie wieder Krieg war keine leere Parole. Wir waren Teil einer ersten
Friedensbewegung. Damals ging es darum, Widerstand gegen die
Wiederbewaffnung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten. Das CDU-Mitglied
und Innenminister der Regierung Adenauer, Gustav Heinemann hatte die Parole Nie
wieder Krieg zu ernst genommen und war deshalb in Konflikt mit seiner Regierung
geraten. Er wollte ausloten, was in den damaligen Angeboten der Sowjetunion
steckte, die beiden Teilen Deutschlands wieder zusammenzuführen, wenn sie neutral
bleiben wie zum Beispiel Österreich.

Gustav Heinemann war konsequent. Er trat aus der CDU aus, gründete seine eigene
Partei, die Gesamtdeutsche Volkspartei, GVP. Dazu gehörte auch Eppler und
Johannes Rau zum Beispiel.

Heinemann hat die damalige Schlacht verloren. Der kalte Krieg begann mit aller
Wucht. Gegen den Osten, gegen die Sowjets, wie Adenauer sagte wurde militärisch
aufgerüstet und geistig propagandistisch mobil gemacht.

//Plakate CDU und NPD alle Wege des Marxismus führen nach Moskau/mit
Fratzen für Menschen

// = Folien

Springerpresse und anderen Medien haben sich an dieser geistigen Aufrüstung beteiligt.

Im Osten auch. Der kalte Krieg war keine einseitige Angelegenheit.

Konfrontation. Schießereien. Flüchtlinge aus der DDR. Gefährliche Konfrontation wie 1956 in Ungarn. Mauerbau.

Schon vorher hat eine Gruppe um den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, an Konzepten gearbeitet, die Konfrontation abzubauen. Egon Bahr hat 1963 auf einer Tagung der evangelischen Akademie in Tutzing Elemente des neuen Konzeptes vorgetragen:

//Wandel durch Annäherung

Ich bin damals der SPD beigetreten und hatte das Glück, als Redenschreiber des damaligen Wirtschaftsministers Karl Schiller und als dessen Beauftragter in der Wahlkampfgruppe der SPD Führung 1969 einen kleinen Beitrag zum Kanzlerwechsel leisten zu können.

Willy Brandt wurde Bundeskanzler. In seiner Regierungserklärung verkündete er:

//Wir wollen ein Volk guten Nachbarn sein

Die damalige Regierung machte Ernst mit dem Abbau der Konfrontation. Mit Friedenspolitik, Versöhnung, Entspannung des Verhältnisses zwischen Ost und West.

//Vertragspolitik

1970 Moskauer Vertrag 1970

1970 Warschauer Vertrag 1970

1971 Viermächteabkommen über Berlin

1972 Grundlagenvertrag und Verkehrsvertrag mit der DDR

1973 Prager Vertrag.

Wichtiges Element aller dieser Vereinbarungen und Treffen:

- Gewaltverzicht.
- Vertrauensbildende Maßnahmen

Eine wichtige Krönung der Ostpolitik kam unter dem neuen Bundeskanzler Helmut Schmidt 1975 hinzu: Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki.

//Aufbau von Sicherheitsstrukturen

1975 Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki.

OSZE

Die Konfrontation war beendet. 1989 fiel auch die Mauer.

//Die Strategie des „Wandel durch Annäherung“ war erfolgreich.

Diese Strategie hatte damals auch die SPD noch beherzigt und in ihrem Grundsatzprogramm vom Dezember 1989 für eine moderne Friedenspolitik wegweisende Gedanken festgehalten:

//

- „Unser Ziel ist es, die Militärbündnisse durch eine europäische Friedensordnung abzulösen.“
- „Sie, die militärischen Bündnisse, müssen bei Wahrung der Stabilität ihre Auflösung und den Übergang zu einer europäischen Friedensordnung organisieren. Dies eröffnet auch die Perspektive für das Ende der Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte außerhalb ihrer Territorien in Europa“
- „Im Bündnis muss der Grundsatz gleicher Souveränität gelten. Das Bündnis muss verteidigungsfähig, defensiv und entspannungsbereit sein. Der politische Wille muss über Militärstrategie, Militärtechnik und wirtschaftliche Interessen der Rüstungsindustrie herrschen, nicht umgekehrt. Friede ist eine politische, keine waffentechnische Aufgabe.“
- Und zur Bundeswehr heißt es: „Die Bundeswehr hat ihren Platz im Konzept gemeinsamer Sicherheit. Sie hat ausschließlich der Landesverteidigung zu dienen. Ihr Auftrag ist Kriegsverhütung durch Verteidigungsfähigkeit bei struktureller Angriffsunfähigkeit.“
- „Von deutschem Boden muss Frieden ausgehen.“

Was war das für ein fortschrittliches Programm und Projekt!

An dieser Stelle eine Ergänzung zu unserer gemeinsamen Arbeit in der Region Südpfalz. Zugleich ein Zeichen des Erfolgs:

Die Älteren unter Ihnen erinnern sich noch an den Protest gegen Giftgaslager, gegen Tiefflug, gegen Patriots auf dem Ebenberg.

In Jedem Fall ~~zwar~~ hier ein munteres Nest des Widerstandes gegen den Wahnsinn. Damals wurde beim SPD-Parteitag in Münster ein Südpfälzer Antrag beschlossen, der das Ende des Tiefflugs insgesamt vorsah. Ich habe zusammen mit einer kleinen Tochter gegen Tiefflugbelastung geklagt und ich konnte das vernünftigerweise nur eingebettet in den Protest so vieler Menschen aus der Südpfalz tun.

Der Protest war erfolgreich. Wie sehr wir alle die Verursacher dieses Erfolgs waren, habe ich erst im Gespräch mit Willy Wimmer beim Pleisweiler Gespräch Verfahren – Wimmer war damals CDU Abgeordneter und parlamentarischer Staatssekretär im Verteidigungsministerium. *Lam 21.6.*

Er erzählte mir, wie sehr unsere Proteste und meine ständigen Anfragen an die Bundesregierung die Macher im Verteidigungsministerium genervt haben.

Und er berichtete, dass Helmut Kohl mit Hinweis auf die Proteste aus Landau, wie er sagte, Wimmer beauftragte, zusammen mit dem Zuständigen bei der SPD einen Beschluss zum Ende des Tiefflugs zu verhandeln. So ist es gekommen.

//Die älteren können vielleicht noch vergleichen: die Tiefflugbelastung von 1988 zum Beispiel mit dem von heute

Wir hofften mit einem gewissen Recht auf den dauerhaften Abbau der Konfrontation, auf das Ende des kalten Krieges und auf eine europäischen Friedensordnung.

Wir hatten und haben gute Gründe für diese Hoffnung.

Schließlich war die Strategie des „Wandel durch Annäherung“ erfolgreich.

Aber es gibt einen

Kampf um die Deutungshoheit

Wir sagen:

Wandel durch Annäherung war erfolgreich.

Andere sagen:

Wir haben die Russen zu Tode konkurriert *und gerüstet,*

Das war und ist ein Kampf um die Deutungshoheit bis heute.

Der Kampf um die Deutungshoheit und damit die Wiederbelebung des kalten Krieges setzte schon 1989 folgende mit aller Macht ein und erreichte einen

//ersten Höhepunkt mit dem Einsatz der Bundeswehr im Kosovokrieg 1999.

Und ihre Krönung sozusagen mit der Forderung des Bundespräsidenten, des Bundesaußenministers und der Verteidigungsministerin nach mehr Verantwortung in der Welt bei der Sicherheitskonferenz in München im Januar/Februar 2014

//Mehr Verantwortung ist die beschönigende Formel für mehr militärische Intervention

//Die Militaristen haben den Kampf gewonnen

Keine Rede mehr von europäischer Friedensordnung

Nachlässige Nutzung der Europäischen Sicherheitsstrukturen, der OSCE.

Aufbau einer neuen auch kulturellen Konfrontation:

Russland gehört nicht zu Europa.

Keine Rede mehr vom Ende beider Blöcke

Ausdehnung der NATO bis an die Grenze Russlands.

Keine Beschränkung der Bundeswehr auf die Verteidigung.

Nebenbei: die SPD hat ihr Berliner Programm nahezu vollständig vergessen. Das wird besonders darin sichtbar, dass in der Auseinandersetzung um ein mögliches politisches Bündnis links von Frau Merkel immer wieder betont wird, die Differenz zwischen der SPD und der Linkspartei sei besonders groß in der Außen- und Sicherheitspolitik und das sei das eigentliche Hindernis für eine Zusammenarbeit.

Wenn die SPD ihr Berliner Programm und damit ihrer eigenen Erfolge der Entspannungspolitik auch nur ansatzweise ernst nehmen würde, gäbe es keinerlei Differenzen zum Beispiel zu Oskar Lafontaine und auch nicht zu Gysi.

Der Erfolg des Abbaus der Konfrontation wurde seit 1989 systematisch zerstört. Der kalte Krieg wurde systematisch wieder belebt. In vielen einzelnen Schritten und meist mit Unterstützung der Mehrheit der Medien und am willen des Volkes vorbei.

Vielen habe ich damals nicht gleich erkannt, manches schon. Manches kann man erst nachträglich richtig einordnen. Ich will ein paar Beispiele nennen:

- 1990 folgende leistete ich als Abgeordneter Widerstand gegen erkennbare Geheimverträge zur Fortführung der Rechte der Alliierten, vor allem der USA zur militärischen Nutzung unseres Landes. Damals wurden dann Abgeordnete meiner Fraktion auf mich angesetzt, um meinen Widerstand zu brechen. Typischerweise Abgeordnete, die als Links galten. - Die Medien haben damals übrigens kaum oder nachlässig von dem Umfeld der Zwei plus Vier Verträge berichtet.
- Willy Wimmer berichtete mir, dass Helmut Kohl damals aus den USA regelmäßig voller Sorgen zurückkam. Kohl glaubte daran, der Westen werde sich an die Verabredungen mit Gorbatschow nicht halten und die Konfrontation zwischen Ost und West neu beleben. Namentlich Volker Rühle und Wolfgang Schäuble machten damals offensichtlich schon mobil im Sinne der neuen Konfrontation.
- In Rudolf Scharping hatten sie schon früher einen Partner des neuen Denkens gewonnen. Mein denkwürdiges Erlebnis dazu: Rudolf Scharping machte als neugewählter Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz einen Antrittsbesuch in den USA. Er berichtete stolz davon, Rheinland-Pfalz habe jetzt einen Lobbyisten bei der amerikanischen Regierung, eine Rechtsanwaltskanzlei. Mein Freund Norman Birnbaum aus Washington kommentierte diesen Vorgang so: hier ist der äußerst seltene Fall eingetreten, dass ein deutsches Bundesland den Lobbyisten, den die amerikanische Regierung bei ihm installiert hat, auch noch bezahlt. –
- Unmittelbar nach dem Besuch Rudolf Scharping in Washington trafen wir uns zu einem Gespräch der SPD-Landesgruppe Rheinland-Pfalz in Bonn. Ich wollte von Rudolf Scharping wissen, ob erstens noch gelte, was er im Wahlkampf 1991 gefordert hatte, Rheinland-Pfalz wolle nicht weiter der Flugzeugträger der USA in Deutschland sein, und wie er zweitens zu den oben zitierten Festlegungen und Erkenntnissen des Berliner Grundsatzprogramms der SPD stehe. Rudolf Scharping antwortete ehrlich: diese Festlegungen gelten für ihn nicht.

- Im Oktober 1998 wurden der noch nicht zum Kanzler gewählte Gerhard Schröder und sein ~~der~~ ^{der} ~~in~~ ^{er}terter Außenminister Fischer in den USA auf die Beteiligung an einer militärischen Intervention im Kosovo verpflichtet.
- Im März 1999 war es dann soweit: die Bundeswehr beteiligte sich am Kriegseinsatz im ehemaligen Jugoslawien. Das war der Probelauf für alle weiteren militärischen Einsätze und unterschwellig auch für den Wiederaufbau der Konfrontation. Schröder heute: Völkerrechtswidrig.
- Noch ein bezeichnender Vorgang für den Beginn der neuen Konfrontation: 2000 fand in Bratislava eine gemeinsam vom US-Außenministerium und American Enterprise Institute (= außenpolitisches Institut der republikanischen Partei) veranstaltete Konferenz mit den Schwerpunktthemen Balkan und NATO statt. Die Quintessenz berichtete Willy Wimmer an den damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder: „Die amerikanische Seite scheint im globalen Kontext und zur Durchsetzung ihrer Ziele bewusst und gewollt die als Ergebnis von zwei Kriegen im letzten Jahrhundert entwickelte internationale Rechtsordnung aushebeln zu wollen. Macht soll Recht vorgehen.“ Vom Ende der Konfrontation zwischen West und Ost, konkret zwischen Westen und Russen war keine Rede mehr.

Der Präsident der Sowjetunion, Michael Gorbatschow, hat den neuen Wind der Konfrontation kurze Zeit nach der Wende schon 1991 zu spüren bekommen. Naomi Klein hat das in ihrem großartigen Buch „Schock-Strategie“ beschrieben. Gorbatschow hatte einen Demokratisierungsprozess eingeleitet und wollte sein Land nach skandinavischem Muster umbauen, und er war weltweit geachtet, hatte den Friedensnobelpreis bekommen. Jetzt wörtlich Naomi Klein:

Zunächst hatte es den Anschein, als würde auch der Westen sich wünschen, dass Gorbatschow mit seiner Lockerung der sowjetischen Wirtschaft und ihrer Umwandlung nach schwedischem Vorbild Erfolg haben würde. Explizit bezeichnete das Nobelpreiskomitee den Preis als eine Möglichkeit, den Übergang zu unterstützen – „eine helfende Hand in Stunden der Not“. Bei einem Besuch in Prag stellte Gorbatschow klar, dass er das nicht allein schaffen könne. Wie Bergsteiger am selben Seil können die Nationen der Welt entweder zusammen auf den Gipfel klettern oder zusammen in den Abgrund stürzen“, sagte er.

Daher kam das, was 1991 auf dem G7-Gipfel passierte, völlig unerwartet. Nahezu einhellig signalisierten die Kollegen Staatsmänner Gorbatschow die Botschaft, wenn er nicht sofort eine radikale wirtschaftliche Schocktherapie verfolgen würde, würden sie das Seil durchschneiden und ihn fallen lassen. „Ihre Vorschläge für das Tempo und die Methoden des Übergangs waren erstaunlich“, schrieb Gorbatschow später darüber.“

Hier wird klar, dass der neue Kalte Krieg direkt auch etwas mit der generellen Entwicklung und dem freien Zugang zur Ausbeutung anderer Länder zu tun hat. Als Gorbatschow auf Betreiben des Westens durch Jelzin ersetzt wurde, zog dort mit dem Amerikaner Jeffrey Sachs auch die neoliberale Ideologie ein und mit ihr der Zugriff auf die Ressourcen der ehemaligen Sowjetunion. Die massive Feindseligkeit gegenüber Putin hat etwas damit zu tun, dass dieser bei aller Kritik an seiner Politik im innern dem ungehinderten Raub russischer Ressourcen einen Riegel vorgeschoben hat.

Naomi Klein hat auch berichtet, welche Geistes Kinder jene waren, die Gorbatschow in eine andere Richtung drängen wollten: er solle sich an Pinochets ein Beispiel nehmen, empfahlen Kommentare im Economist und in der Washington Post.

Ich habe davon jetzt so ausführlich berichtet, weil die Weichenstellung zu Beginn der Neunzigerjahre bis heute maßgeblich ist: der Rückfall in den Kalten Krieg wurde damals eingeleitet und er hat immer auch eine gesellschaftspolitische Seite.

In der Wiederbelebung des Kalten Krieges und vieler heißer, militärischer Auseinandersetzungen steckt eine US-amerikanische Ideologie. Teilweise gut gemeint und mit der Vorstellung verbunden, die USA seien vorbildlich und der Retter der Welt. Teilweise schlicht und einfach clever und mit klarem Kalkül, dass die Weltherrschaft eine einträgliche Einrichtung ist, dass man sich dazu andere Länder und Ländervereinigungen wie die Europäische Union dienstbar machen muss, dass man andere dazu kriegen muss, die Rolle des Weltpolizisten mitzuspielen und das im übrigen der als gut betrachtete Zweck alle Mittel rechtfertigt – die totale Überwachung anderer Völker und die Zerstörung von Menschen und von historisch wertvollen Zeugen der Menschheitsgeschichte. Voller Trauer und Zorn denke ich zum Beispiel an den Irak oder an Aleppo.

Wer sich mit der herrschenden Ideologie beschäftigen will, der kann Einschlägiges konzentriert in einem Spiegelessay nachlesen, der am 23. Juni 2014 unter der Dachzeile „Kultur“ erschienen ist. Der Beitrag „Eine Großmacht geht nicht in Rente“ stammt von Robert Kagan. Es ist ein neokonservativer Politikberater und verheiratet mit der berühmt gewordenen Victoria Nuland, die im US Außenministerium für Europa und Eurasien zuständig ist und in einem Telefongespräch mit dem amerikanischen Botschafter in der Ukraine viel mehr gesagt hat als „Fuck the EU“. In diesem Telefongespräch wurde deutlich, wie selbstverständlich die US-Regierung über das Personal zur Regierung eines anderen Landes verfügt. Da ging es um den Ukrainischen Ministerpräsidenten. Jazenjuk sollte es werden und er wurde es. Frau Nuland hat im übrigen auch davon berichtet, dass die USA 5 Milliarden für die Demokratisierung der Ukraine investiert hätten.

Im Essay von Kagan ist viel von der freiheitlichen Weltordnung die Rede und von Kriegen, die offenbar nur dann hinderlich sind, wenn sie kostspielig sind. Selbstverständlich war das Ende des Ost-West-Konflikts aus seiner Sicht nicht das Ergebnis der Entspannungspolitik sondern die Politik der Drohung mit Gewalt.

//Die Vorstellung von Gewaltverzicht, Zusammenarbeit und vertrauensbildenden Maßnahmen ist ersetzt durch Gewaltbereitschaft, Aufrüstung und Sanktionen.

Der Spiegel hat diesen Essay ohne jeden Kommentar abgedruckt.

Damit bin ich bei dem Untertitel unseres Themas, der Rolle der Medien bei der Wiederbelebung des kalten Krieges und mancher richtigen Kriege und der Durchsetzung der bestimmenden Rolle der USA in der Welt.

Vorweg zusammengefasst meine Beobachtungen:

//

1. Der Einfluss wird auf vielfältige Weise ausgeübt: über Medien. Über Personen und teilweise eigens gegründete Organisationen, teilweise durch Einfluss auf bestehende Organisationen.
2. Der Einfluss ist nicht neu, hat aber in den letzten zwei Jahrzehnten neue Dimensionen erreicht.

3. Medien, einzelne Personen und Organisationen sind oft eng verflochten.

In den Nachdenkseiten vom 21. März 2014 haben wir eine Tabelle über die Verquickung von Journalisten und Organisationen eingestellt:

Hier ist ^{die} eine Tabelle mit Größen des deutschen Journalismus, die in transatlantisch ausgerichteten außen- und sicherheitspolitischen Eliten-Organisationen eingebunden waren und sind. Diese Tabelle ist ein Auszug aus einer Tabelle des Buches von Uwe Krüger (siehe dort die Seiten 119-122):

Medium	Name	Organisation, in der der Journalist zwischen 2002 und 2009 involviert war
ZEIT	Josef Joffe	American Academy in Berlin American Council on Germany American Institute for Contemporary German Studies Aspen Institute Deutschland Atlantik-Brücke Bilderberg Europe's World Goldman Sachs Foundation Hypovereinsbank International Institute for Strategic Studies „Internationale Politik“ Münchener Sicherheitskonferenz „The American Interest“ Trilaterale Kommission
ZEIT	Matthias Naß	Atlantik-Brücke Bilderberg
ZEIT	Marc Brost	Atlantik-Brücke
Süddeutsche Zeitung	Stefan Kornelius	American Institute for Contemporary German Studies

Die Liste der ähnlich mit Eliten verwobenen Journalistinnen und Journalisten wäre gewaltig zu erweitern, wollte man ein komplettes Bild der Einflussnahme zeichnen. In meiner Darstellung fehlen Spiegel und Spiegel online, die Bild-Zeitung, die kommerziellen Sender und große Regionalzeitungen. Überall ist die Gleichrichtung spürbar.

Uwe Krüger hat Artikel und andere Medienprodukte der genannten Journalisten untersucht und festgestellt: Die Journalisten lagen ganz auf Linie mit den Eliten. Sie mahnten zu stärkerem militärischen Engagement und empfahlen mehr Führung und Überzeugungsarbeit bei der skeptischen Bevölkerung, um die Linie durchzusetzen. Zu welchen Ergebnissen diese Agitation führt, konnten wir erleben, als im Kontext der Münchner Sicherheitskonferenz dieses Jahres Bundespräsident Gauck, Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen einvernehmlich mehr Verantwortung in der Welt einforderten, was gleichbedeutend ist mit mehr militärischem Engagement. Solche Schübe der außen- und sicherheitspolitischen Veränderungen werden genau von diesen Kreisen von Journalisten in Kombination mit den verschiedenen Institutionen bewerkstelligt.

Die Nähe zu den Eliten und zu deren politischer Orientierung zahlt sich auch für die Karriere der genannten Journalisten aus. Joffe, Frey, Kleber etc. sind auch dank ihrer ideologischen Ausrichtung und ihrer Verbundenheit mit den mächtigen Zirkeln der Eliten beruflich erfolgreich.

Die genannten Personen sind einflussreich. Sie bestimmen durch ihre Prominenz und ihre gleiche Ausrichtung auch die Berichterstattung und Kommentierung von anderen Journalistinnen und Journalisten.

Wie sich Einfluss und Verquickung von Journalisten mit den Interessen der westlichen Meinungsführer in der Praxis auswirkt, möchte ich an einigen Beispielen und stichwortartig aufzählen:

- Es beginnt damit, dass wichtige Informationen verschwiegen werden. Das Buch von Naomi Klein ist, als es erschien, nicht gewürdigt und genutzt worden und auch jetzt greift, obwohl aktuell ist, was sie und ihr Team geschrieben haben, fast kein Politiker und kein Publizist auf diese Informationen zurück.

- Haben Sie in deutschen Medien irgendetwas über die Rolle der Heinrich-Böll-Stiftung in der Ukraine gelesen? Wann haben Sie zum letzten Mal etwas darüber gelesen, woher eine Seilschaft von Politikern bei den GRÜNEN und bei der Heinrich-Böll-Stiftung kommt? Aus dem KBW, aus einer Kohorte von Mao-Bewunderern - Ralf Fücks - übrigens aus Edenkoben, Joscha Schmierer, Joschka Fischer, Reinhard Bütikofer, Marieluise Beck und einige mehr. Übrigens mit Millionen Parteivermögen bei den Grünen eingekauft. Heute ist die Seilschaft sehr wirksam bei der Wiederbelebung des kalten Krieges - natürlich alles unter der Flagge der Menschenrechte und der Demokratisierung.
- Es gibt kaum noch kritische Medien und dafür umso mehr, die sich in Kampagnen einbauen lassen und diese beflissen fortführen. Musterbeispiel dafür: zwei Titel des spiegel mit verzerrten, unangenehmen unsympathischen Gesichtern von Putin.
//Gesicht von Putin
- Ein weiteres Musterbeispiel: der Westen beschließt Sanktionen in Moskau. Der ZDF Moderator Kleber unterlässt es, kritisch zu hinterfragen und setzt einen drauf: in einem aggressiven Ton stellt er den Chef von Siemens, weil dieser in Moskau lange geplante Gespräche geführt hat und Vereinbarungen getroffen hat.
- Im Urteil über Snowden und dessen Rolle übernehmen unsere Medien die negativen Akzente der USA statt diesen mutigen Mann zu fördern, zu bewundern. Die Bundesregierung stößt wegen ihrer USA-treuen Haltung auf keine massive Kritik.
- Nahezu keine Kritik an der Aktion und den Bekenntnissen des Bundespräsidenten, des Außenministers und der Verteidigungsministerin zur Erweiterung der Verantwortung Deutschlands in der Welt, selbst verständlich mit Militär. Im Gegenteil: in dieser Woche ein Spiegel-Titel wir sind wieder wer mit unterschwelligem Parole: bereit sein zur militärischen Intervention entspricht unserer größer gewordenen Verantwortung.
- Keine nachhaltige Kritik an der Sicherheitskonferenz von München, obwohl dies nun seit Jahren eine Konferenz im Interesse der Rüstungswirtschaft und der militärischen Intervention ist.

- Im Kontext dessen bemerkenswerte Versuch[?], aus dem Chef der Münchner Sicherheitskonferenz Ischinger einen neutralen Vermittler im Konflikt Russland-Ukraine zu machen.
- Nahezu alle sprechen die Parolen von der Wertegemeinschaft nach. Wo ist der Journalist und übrigens auch der Politiker, der fragt: Was verbindet uns mit einem Land, das Menschen ohne Gerichtsurteil unter unwürdigen Umständen gefangen hält? Was verbindet uns mit einem Land, das die Todesstrafe vorsieht und durchführt? Was verbindet uns mit einem Land, das sich über Jahre hinweg um Umweltschutz überhaupt nicht gekümmert hat und auf unverantwortliche Weise Energie verbraucht? Was verbindet uns mit einem Land, das Lügen nutzt, um Kriege führen zu können? *Was verbindet uns mit dem USA?*
- Der Krieg um das Kosovo und die Berichterstattung und Kommentierung zur Entstehung und zum Krieg selbst ist ein Musterbeispiel für das Versagen oder, man könnte auch sagen, für die Einbettung der Medien in die Politik der möglichen Kriegführung: die Verhandlungen in Rambouillet waren von Anfang an auf Scheitern angelegt. Das hat man uns verschwiegen, uns ^{gegen}begeiliges vorgemacht. Die Medien haben sich in einseitige Darstellungen integriert. Die maßgeblichen Politiker wie Gerhard Schröder und Rudolf Scharping haben die Kriegstreiberei mitgemacht. Einige haben schon vorher den Kriegseinsatz überhöht – durch Vergleiche mit Holocaust. Als die Bomben fielen, führten der NATO Sprecher Shea und der deutsche Verteidigungsminister Scharping täglich ein Theaterspiel auf: Pressekonferenzen, startende Kampfflugzeuge, immer affirmativ, immer schön visualisiert. Billiger kann man Fernsehprogramme nicht produzieren. Und im Hintergrund die Rüstungswirtschaft, die mit Finanzen nicht knausrig ist.

Was tun? Die Auslandslage ist nicht besonders schön. Da es aber um unser Leben und das Leben unserer Kinder und Enkel geht, können wir trotz aller erkennbaren Skepsis die Hände nicht in den Schoß legen.

1. Schonungslose Aufklärung ^{über} die Politiker, Institutionen und Journalisten.
2. Die Kritik und die Aufklärung über die Rolle der Medien und einiger PR Agenturen, die sich als ehrenwerte Einrichtungen tarnen, ist wichtig. Deshalb

haben wir zum Beispiel zu Recherchen über die Heinrich-Böll-Stiftung aufgerufen. Die Medien reagieren ausgesprochen empfindlich

3. Die zugleich glaubwürdige und radikale Analyse und Beschreibung ist wichtig. Deshalb nenne ich den Bundespräsidenten einen Einflussagenten, wie Rudolf Scharping und Joschka Fischer einer war und ist.

Hierzulande gibt es immer noch einen beachtlich großen Friedenswillen. Und es gibt eine beachtlich hohe Bereitschaft, im Osten und bei den Russen nicht von vornherein Feinde zu sehen.

Diese eigentlich positiv zu sehende Grundeinstellung sollten wir aufnehmen. Wir müssen das tun, denn solche Grundeinstellungen bleiben nicht erhalten, wenn man sie nicht pflegt und festigt. !

Sie können davon ausgehen, dass die andere Seite an der Veränderung der positiven Haltung der Mehrheit unseres Volkes arbeitet. Also sind wir zur Gegenarbeit verpflichtet.

Um dazu zu ermuntern bin ich gerne hierhergekommen und ich danke dem Arbeitskreis Frieden ausdrücklich und im Namen der Leserinnen und Leser der Nachdenkseiten für die finanzielle Unterstützung, die mit meinem heutigen Besuch verbunden ist.

Vielen Dank und Kopf hoch.